

Pflichtinformationen nach Art. 12 ff. DS-GVO

I. Name und Anschrift des Verantwortlichen

BBP Bosch, Bertel & Co GmbH
Steuerberatungsgesellschaft
Weißdornweg 2
76337 Waldbronn

(T) 07243 / 7 265-0
(F) 07243 / 7 265-265

E-Mail: info@bosch-bertel.de

II. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Dirk Benjowsky
Rechtsanwalt
Ligusterweg 27
76337 Waldbronn

(T) 07243 / 3587469
(F) 07243 / 532882
(M): 0170 / 5348892

E-Mail: datenschutz@anwalt-waldbronn.de

III. Umfang und Datenerhebung / Bestehen einer Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten

Sofern Sie Dienstleistungen unseres Unternehmens in Anspruch nehmen möchten, ist eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die Erfüllung unserer vertraglichen Pflichten, deren Inhalt sich aus dem jeweils geschlossenen Vertrag ergibt, erforderlich. Relevante personenbezogene Daten sind bspw. Personalien (Name, Adresse und andere Kontaktdaten, Geburtstag und -ort sowie Staatsangehörigkeit), Legitimationsdaten (z. B. Ausweisdaten) und Authentifikationsdaten (z.B. Ihre Unterschrift).

Ihre Daten werden dabei zunächst dadurch erhoben, dass Sie uns diese mitteilen und wir Ihre Daten in unseren Systemen verarbeiten. Zudem verarbeiten wir im Rahmen vorvertraglicher Maßnahmen (z. B. Datenerfassung im Rahmen von Anfragen per E-Mail) personenbezogene Daten.

Zur Erbringung unserer Dienstleistungen kann es erforderlich sein, personenbezogene Daten zu verarbeiten, die wir von anderen Unternehmen oder sonstigen Dritten, z. B. Finanzämtern, Ihren Geschäftspartner o. ä. zulässigerweise und zu dem jeweiligen Zweck erhalten haben. Weiterhin verarbeiten wir ggf. personenbezogene Daten aus öffentlich zugänglichen Quellen, z.B. aus Internetauftritten, die wir zulässigerweise und nur zu dem jeweiligen Vertragszweck nutzen.

Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung müssen Sie nur diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Begründung, Durchführung und Beendigung der Geschäftsbeziehung erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Soweit

Sie uns Ihre personenbezogenen Daten nicht bereitstellen, wird ein Vertrag in der Regel nicht abgeschlossen werden können, da wir in diesem Fall unseren vertraglichen Pflichten nicht nachkommen können.

Für besonders schützenswerte Daten (z. B. Gesundheitsdaten, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen) erfolgt die Datenverarbeitung nur mit Ihrer Einwilligung, die sich ausdrücklich auf diese Daten bezieht. Eine erteilte Einwilligung können Sie jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Sie werden darauf bei Unterzeichnung der Einwilligungserklärung gesondert hingewiesen.

IV. Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Wir verarbeiten personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO), dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) sowie aller weiteren maßgeblichen Gesetze:

1. Zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten (Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO)

Wollen Sie von uns betreut werden, benötigen wir von Ihnen Angaben für den Abschluss des Mandantenvertrages. Kommt der Vertrag zustande, verarbeiten wir die erhobenen Daten zur Durchführung des Mandats, z. B. für die Kommunikation mit Behörden (insbesondere dem Finanzamt), Anwälten oder zur Rechnungsstellung. Darüber hinaus benötigen wir Ihre personenbezogenen Daten auch zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen.

2. Im Rahmen der Interessenabwägung (Art. 6 Abs. 1 lit. f) DSGVO)

Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zur Wahrung unserer berechtigten Interessen. Unser berechtigtes Interesse kann zur Begründung der weiteren Verarbeitung der von Ihnen überlassenen Daten herangezogen werden, sofern Ihre Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten nicht überwiegen. Unser berechtigtes Interesse kann im Einzelfall sein: Geltendmachung rechtlicher Ansprüche, Abwehr von Haftungsansprüchen, Verhinderung von Straftaten.

3. Aufgrund Ihrer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO, Art. 9 Abs. 2 lit. a) i. V. m. Art. 7 DSGVO)

Soweit Sie uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke (z.B. Versand von Mandanteninformationen, Entbindung von der berufrechtlichen Verschwiegenheit zur Weitergabe der von Ihnen überlassenen Daten auf Ihren Wunsch hin an Dritte (z. B. Banken, Versicherungen, Anteilseigner etc.) erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben. Soweit besondere Kategorien personenbezogener Daten (z. B. religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen) verarbeitet werden müssen, holen wir Ihre Einwilligung nach Art. 9 Abs. 2 lit. a) i. V. m. Art. 7 DSGVO ein.

Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Dies gilt auch für den Widerruf von Einwilligungserklärungen, die vor der Geltung der Datenschutz-Grundverordnung, also vor dem 25. Mai 2018, uns gegenüber erteilt worden sind. Bitte beachten Sie, dass der Widerruf erst für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, bleiben hiervon unberührt.

4. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO)

Darüber hinaus verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen wie z. B. behördlicher Vorgaben, handels- und steuerrechtlicher

Aufbewahrungspflichten oder zum Nachweis der Einhaltung von Hinweis-, Informations- und Dokumentationspflichten des Steuerberaters.

V. Datenweitergabe

Innerhalb unseres Unternehmens erhalten nur diejenigen Bereiche Zugriff auf die von Ihnen überlassenen personenbezogenen Daten, die diese zur Erfüllung der vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen und die zur Verarbeitung dieser Daten berechtigt sind.

In Erfüllung des mit Ihnen geschlossenen Vertrages erhalten ausschließlich diejenigen Stellen die von Ihnen überlassene Daten, die diese aus gesetzlichen Gründen benötigen, z. B. Finanzbehörden, Sozialversicherungsträger, zuständige Behörden und Gerichte.

Im Rahmen unserer Leistungserbringung beauftragen wir Auftragsverarbeiter, die zur Erfüllung der vertraglichen Pflichten beitragen, z. B. Rechenzentrumsdienstleister, EDV-Partner, Aktenvernichter etc. Diese Auftragsverarbeiter werden von uns vertraglich zur Einhaltung der berufsrechtlichen Verschwiegenheit sowie zur Einhaltung der Vorgaben der DS-GVO und des BDSG verpflichtet.

Im Hinblick auf die Datenweitergabe an Empfänger außerhalb der vorgenannten Empfänger ist zu beachten, dass wir als Berufsgeheimnisträger verpflichtet sind, die berufsrechtliche Verschwiegenheit einzuhalten und umzusetzen. Weitere Empfänger erhalten die von Ihnen überlassene Daten nur auf Ihren Wunsch hin, wenn Sie uns von der berufsrechtlichen Verschwiegenheit entbinden.

VI. Dauer der Speicherung

Die Verarbeitung der von Ihnen überlassene Daten erfolgt so lange, wie sie zur Erreichung des vertraglich vereinbarten Zweckes notwendig ist, grundsätzlich also so lange das Mandant bzw. Vertragsverhältnis besteht. Nach der Beendigung des Mandats bzw. des Vertragsverhältnisses werden die von Ihnen überlassene Daten zur Einhaltung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten oder aufgrund unserer berechtigten Interessen verarbeitet. Die insoweit bestehenden Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen i.d.R. sechs oder zehn Jahre. Schließlich beurteilt sich die Speicherdauer auch nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, insbesondere nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB). In Einzelfällen kann also eine Aufbewahrung von bis zu dreißig Jahren in Betracht kommen.

Nach dem Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen und/oder dem Wegfall unserer berechtigten Interessen werden die von Ihnen überlassene Daten gelöscht.

VII. Werden Daten in ein Drittland außerhalb des EWR übermittelt?

Wir übermitteln personenbezogene Daten nicht an Dienstleister außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR). Sollten Sie im Einzelfall die Übermittlung der von Ihnen überlassene Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation wünschen, führen wir dies nur nach Ihrer schriftlichen Einwilligung und Entbindung von der berufsrechtlichen Verschwiegenheit durch.

VIII. Findet eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall einschl. Profiling im Sinne von Art. 22 DSGVO statt?

Zur Begründung und Durchführung der Mandantenbeziehung werden weder automatisierte Entscheidungen getroffen noch findet ein Profiling statt.

IX. Rechte der betroffenen Person

1. Recht auf Auskunft gem. Art. 15 DS-GVO:

Sie haben das Recht, auf Antrag unentgeltlich Auskunft zu erhalten, ob und welche Daten über Sie gespeichert sind und zu welchem Zweck die Speicherung erfolgt.

2. Recht auf Berichtigung gem. Art. 16 DS-GVO:

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung Ihrer unrichtigen personenbezogenen Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten — auch mittels einer ergänzenden Erklärung — zu verlangen.

3. Recht auf Löschung („Recht auf Vergessenwerden“) gem. Art. 17 DS-GVO:

Sie haben das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass Ihre Daten unverzüglich gelöscht werden. Der Verantwortliche ist verpflichtet, personenbezogene Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- a) Zwecke, für die die personenbezogenen Daten erhoben wurden, entfallen
- b) Sie widerrufen Ihre Einwilligung der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
- c) Sie widersprechen der Verarbeitung. Eine anderweitige Rechtsgrundlage für die Verarbeitung liegt nicht vor.
- d) Die personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet.
- e) Die Löschung der personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt.
- f) Die personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Artikel 8 Absatz 1 erhoben.

4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gem. Art. 18 DS-GVO & § 35 BDSG:

Sie haben das Recht die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen gegeben ist:

- a) Die Richtigkeit der personenbezogenen Daten wird von Ihnen angezweifelt.
- b) Die Verarbeitung ist unrechtmäßig; Sie lehnen eine Löschung jedoch ab.
- c) Personenbezogene Daten werden für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt; Sie benötigen die Daten jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

d) Sie haben Widerspruch gegen die Verarbeitung gem. Art. 21 Abs. 1 DS-GVO eingelegt. Solange noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen Ihnen gegenüber überwiegen, wird die Verarbeitung eingeschränkt.

5. Recht auf Datenübertragbarkeit gem. Art. 20 DS-GVO:

Sie haben das Recht die von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format von dem Verantwortlichen zu erhalten. Eine Weiterleitung an einen andern Verantwortlichen darf von uns nicht behindert werden.

6. Widerspruchsrecht gem. Art. 21 DS-GVO:

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 lit. f) DS-GVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen. Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihren Interessen, Rechten und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Sie haben außerdem das Recht, einer Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zum Zwecke der Direktwerbung zu widersprechen.

Bitte richten Sie den Widerspruch an unsere oben genannten Kontaktdaten.

7. Zurückziehen der Einwilligung

Sie haben das Recht, Ihre datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung jederzeit zu widerrufen. Dazu reicht eine formlose Mitteilung per E-Mail an uns. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

8. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs steht Ihnen im Falle datenschutzrechtlicher Verstöße das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde zu.

Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde in datenschutzrechtlichen Fragen ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg
Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart
Königstraße 10a, 70173 Stuttgart
Tel.: 0711/61 55 41 – 0
Fax: 0711/61 55 41 – 15

E-Mail: poststelle@ldi.bwl.de

Internet: <https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de>